

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU

Initiative für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt weiterentwickeln (I) - Vielfalt in der Pflege und im Alter

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

- a) Wir begrüßen, dass der Senat das Diversity-Prinzip bereits als festen Bestandteil von Altenhilfe und Pflegediensten verankert hat und dieses als zentralen Aspekt in der Ausbildung der Berliner Pflegefachkräfte ansieht. Diesbezüglich bitten wir den Senat, seine Bestrebungen hinsichtlich des Diversity-Prinzips zu verstetigen, zu vertiefen und weiter auszubauen.
- b) Bei ausgebildeten Kranken- und Altenpflegekräften ist die bestehende Fort- und Weiterbildung im Bereich Diversity weiter auszubauen und als fester Bestandteil auf alle Pflegeberufe auszuweiten. Sowohl bei der Aus- als auch bei der Fortbildung sind die Lehrmodule stetig zu überarbeiten und anzupassen.
- c) Träger öffentlich geförderter Seniorenangebote werden ermutigt, ein Bewusstsein für Diversity und sexuelle und geschlechtliche Vielfalt zu schaffen.
- d) Der Senat soll darauf hinwirken, dass ein Träger mit Kompetenz im Bereich Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und Intersexuelle (LSBTI) als ständiges Mitglied in den Landessenorenbeirat berufen wird. Weiterhin soll der Senat beim Landespflegeausschuss anregen, dass ein Träger mit LSBTI-Kompetenz als beratendes Mitglied in den Landespflegeausschuss berufen wird.
- e) Der Senat hat darauf hinzuwirken, dass die bereits implementierten Maßnahmen zur Umsetzung der ISV für öffentliche und öffentlich geförderte Pflege- und Betreuungseinrichtungen

gen als verbindliche Standards festgelegt und ausgebaut werden. Die Berliner Leitlinien für Seniorenpolitik müssen stärker als bisher berücksichtigt und bei den Senats- und Bezirksverwaltungen, den Pflege- und Betreuungseinrichtungen, deren Pflegekräften und den Senioren/-innen bekannter gemacht werden.

f) Der Senat unterstützt Träger von Wohnprojekten mit der konzeptionellen Ausrichtung auf die Ansätze von Diversity und Inklusion.

Begründung:

Die Regierungsfractionen aus SPD und CDU richten im Rahmen der Initiative "Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt" und deren Weiterentwicklung einen Fokus auf den Bereich Soziales und Gesundheit. Die Lebenswirklichkeit der Berlinerinnen und Berliner ist vielfältiger, als sich im derzeitigen Angebot der Altenhilfe und Pflegedienste widerspiegelt. Das soll sich ändern. Das Diversity-Prinzip soll Kernbestandteil der ambulanten und stationären Angebote der Altenhilfe und Pflegedienste werden. Gerade im Bereich ambulanter Pflege gibt es in Berlin bereits positive Beispiele für den Umgang mit Diversity. Diese Praxisansätze wollen wir systematisch fördern. Die Ausbildung und Weiterbildung bei den Pflegekräften ist von besonderer Bedeutung. Es ist gut, dass in der Ausbildung der Berliner Kranken- und Altenpflegekräfte Diversity eine zentrale Rolle spielt. Das Personal hat dabei ein umfassendes und verpflichtendes Modul zum Umgang mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt zu absolvieren. Die Fort- und Weiterbildung soll entsprechend verbessert werden. Auch die Träger der Altenhilfe müssen das Thema Diversity im Alter sensibel aufgreifen. Das Diversity-Prinzip soll Eingang in die Berliner Leitlinien für die Seniorenpolitik finden.

Berlin, 12. Mai 2014

Saleh Isenberg Schreiber
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der SPD

Graf Krüger Ludwig Evers
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU